

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39  
Telefax: 8 66 845 ppbn d  
Telefax: 21 06 64

## Inhalt

44. Jahrgang / 87

9. Mai 1989

Dr. Hermann Scheer MdB  
zur Doppelzüngigkeit des  
Kanzlers in der Raketenfrage:  
Kohl hat übertaktiert.

Seite 1

Josef Vosen MdB zum Um-  
gang des Bundesumweltmini-  
sters mit Wackersdorf: Wie  
man als Töpfer Scherben pro-  
duziert.

Seite 3

Klaus Kirschner MdB zum  
Ergebnis einer Umfrageaktion:  
Einzelhändler erwarten nichts  
vom Dienstleistungsabend.

Seite 4

Jakob Mierscheid MdB zum  
40. Geburtstag Bonn als Bun-  
deshauptstadt: Das demokrati-  
sche Raumschiff.

Seite 5

### Kohl hat übertaktiert

Die Doppelzüngigkeit des Kanzlers ist die Hauptursache für die deutsch-amerikanische Zerwürfnisse über die atomaren Kurzstreckenraketen

Von Dr. Hermann Scheer MdB  
Vorsitzender der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle  
der SPD-Bundestagsfraktion

Amerikanische Regierungskreise haben verlautbart, daß Bundeskanzler Kohl der amerikanischen Regierung in den zurückliegenden Monaten mehrfach die deutsche Zustimmung zur Stationierung neuer amerikanischer Kurzstreckenraketen zugesagt habe. Was jetzt als „Indiskretion“ hingestellt wird, ist aber nur für diejenigen etwas Neues, die ein kurzes Gedächtnis haben.

In der Tat hat Bundeskanzler Kohl mehrfach seine prinzipielle Bereitschaft zur Stationierung neuer atomarer Kurzstreckenraketen auch öffentlich bekundet. Mehr noch: Seine Verteidigungsminister Wörner und Scholz haben sich offen dafür ausgesprochen. In den NATO-Gremien haben die Vertreter der Bundesregierung alle Entscheidungsvorbereitungen für die sogenannte „Modernisierung“ mitgetragen. Die Bundesregierung hat im vergangenen Jahr darauf verzichtet, sofortige Verhandlungen über den Abbau amerikanisch-sowjetischer Kurzstreckenraketen zu fordern.

Das einzige, was Bundeskanzler Kohl wünschte, war ein Aufschub der definitiven Entscheidungen über das Wahljahr 1990 hinaus - aber selbst in dieser Frage ließ er seinen Verteidigungsministern Freilauf, die sich schon vorher für die „Modernisierung“ festlegten und diese auch nicht von Verhandlungen abhängig machen wollten.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verantwortlich:  
Helmut G. Schmidt  
Rudolf Schwinn



Wenn es jetzt Zerwürfnisse mit der amerikanischen Regierung gibt und diese sich weigert, auf den Standpunkt der Bundesregierung einzugehen, dann liegen hier die Gründe:

- Die amerikanische Regierung nimmt der Bundesregierung die prinzipiellen Gründe nicht ab, weil sie viel zu spät geäußert wurden.
- Sie empfindet die Position der Bundesregierung als opportunistisch, weil sie bisher den Eindruck haben mußte, daß die Bundesregierung die sachlichen Gründe für die Neurüstung atomarer Kurzstreckenwaffen - also die Neustrukturierung der atomaren Abschreckungspotentiale - teilt.

Die Bundesregierung hat übertaktiert,

- weil sie es versäumt hat, sofort nach Abschluß der Abrüstungsverhandlungen über die Mittelstreckenraketen klar und unmißverständlich Anschluß-Verhandlungen über die Abrüstung atomarer Kurzstreckenraketen zu fordern und die deutschen Gründe dafür zu vermitteln;
- und weil die Koalitionsparteien entsprechende Forderungen der SPD, die in Entschließungsanträgen im Bundestag zum Ausdruck kamen, abgelehnt haben.

Eine klare und eindeutige Position gegen die atomare Neurüstung, wie sie die SPD von Anbeginn vertreten hat, wäre zwar nicht von vorne herein auf amerikanische Gegenliebe gestoßen. Aber sie hätte die Zerwürfnisse vermieden, die deshalb entstanden, weil die Bundesregierung nun gegenüber der amerikanischen Regierung als unehrlich und unlauter erscheint.

(-/9.5.1989/rs/ks)

Wie man als Töpfer Scherben produziert

Zum Umgang des Bundesumweltministers mit Wackersdorf

Von Josef Vosen MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Forschung und Technologie

Wieder versucht der Bundesumweltminister, sich an die Spitze der Bewegung zu setzen.

Wieder versucht der Bundesumweltminister, die Öffentlichkeit glauben zu machen, daß er bei der Diskussion um die Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf Einfluß ausübt.

Wieder versucht der Bundesumweltminister, den Eindruck, daß er der eigentliche Atomminister ist, zu verwischen.

So - als zweideutiger Briefeschreiber - kann es ihm nicht gelingen.

Es ist immer dasselbe Lied.

Die Bundesregierung - und als ihr zuständiger Ressortminister der Bundesumweltminister - läuft der Atomlobby hilflos hinterher.

Solange die Atomindustrie die Wiederaufarbeitung in der Bundesrepublik für notwendig hielt, war die Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf für die Bundesregierung unersetzlich, und sie tat so, als ob es ihre eigene Haltung sei.

In demselben Augenblick, in dem die Atomindustrie die Wiederaufarbeitung in der Bundesrepublik fallen läßt, ist die Bundesregierung erst wochenlang sprachlos, dann fassungslos, dann wiegelt sie ab und schließlich setzt sie sich an die Spitze der Bewegung, läßt Schlagzeilen produzieren und tut so, als ob sie schon immer Zweifel an der Wiederaufarbeitung in der Bundesrepublik gehegt hätte.

Die SPD vermißt nach wie vor vom Bundesumweltminister eine klare Aussage, wie er zu der Wiederaufarbeitung in der Bundesrepublik Deutschland steht.

Ich fordere den Bundesumweltminister auf, endlich Nägel mit Köpfen - und statt Scherben Töpfe - zu produzieren und zusammen mit der SPD die Wiederaufarbeitung als zu gefährlich und als unwirtschaftlich und zu teuer abzulehnen.

(-/9.5.1989/rs/ks)

\* \* \*

Einzelhändler erwarten nichts vom Dienstleistungsabend

Zum Ergebnis einer Umfrageaktion

Von Klaus Kirschner MdB  
Mitglied des Bundestags-Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung

Die Einführung eines sogenannten Dienstleistungsabends, den die Bundesregierung und die Koalitionsparteien mit ihrem Gesetzentwurf „Zur Einführung eines Dienstleistungsabends“ planen und wonach Donnerstag abends die Geschäfte bis 21.00 Uhr zu öffnen sind, wird von den betroffenen Einzelhändlern eindeutig abgelehnt. Dies ist das Ergebnis einer Umfrageaktion, die ich unter Einzelhändlern in meinem Wahlkreis Rottweil/Tuttlingen gemacht habe.

Aufgrund der ablehnenden Aussagen von geladenen Einzelhändlern und ihrer Verbände, des Handwerks, der Gewerkschaften DGB, NGG, HBV, ÖTV, DPG und DAG sowie der geladenen Betriebsrätinnen und Betriebsräte bei einer öffentlichen Anhörung von Sachverständigen am 5. März im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung des Bundestages zu diesem Gesetzentwurf habe ich diese Aktion in zehn Gemeinden (Rottweil, Schramberg, Oberndorf, Sulz, Schiltach, Tuttlingen, Trossingen, Spaichingen, Immendingen, Tennenbronn) meines Wahlkreises durchgeführt, um die Meinung der betroffenen Einzelhändler zu erfahren. Von den von mir angeschriebenen 510 Einzelhändler haben 157 geantwortet. Danach sind nur vier für die Einführung des sogenannten Dienstleistungsabends, während 153 dies ablehnen.

Das entspricht einer Ablehnungsquote von 98 Prozent. Damit haben sich sowohl die betroffenen Einzelhändler als auch die Gewerkschaften des Einzelhandels und des öffentlichen Dienstes, deren Arbeitnehmer von der Ausweitung der Arbeitszeit betroffen sind, gegen diesen Gesetzentwurf ausgesprochen.

Die angebliche Notwendigkeit der Einführung eines solchen Dienstleistungsabends und der damit verbundenen Änderung des Ladenschlußgesetzes begründet die Bundesregierung in ihrem Gesetzentwurf unter anderem damit: „Handel und Dienstleistungssektor werden neue Chancen im Wettbewerb eröffnet. Mit der Wahrnehmung dieser Chancen wird auch das Angebot an Arbeitsplätzen für Arbeitnehmer, die eine Beschäftigung in der zweiten Tageshälfte oder eine Teilzeitarbeit in den Abendstunden suchen, zunehmen.“ Dies ist nur eine fadenscheinige Begründung. In Wirklichkeit geht es darum, die Großhandelsketten zu stärken.

Die SPD lehnt eine Ausweitung der Ladenschlußzeiten ab, da dies zu Lasten des Verkaufspersonals sowie der Einzelhändler und ihrer Familien geht und einer weiteren Konzentration im Einzelhandel Vorschub leistet. Kleinere und mittlere Ladengeschäfte und Handwerksbetriebe werden sich aus Kosten- und personellen Gründen an einem solchen Dienstleistungsabend kaum beteiligen können. Der Umsatz verteilt sich lediglich auf eine längere Betriebszeit, während zugleich die Sach- und Personalkosten steigen. Die Folge ist eine Umsatzverlagerung zugunsten der Handelskonzerne auf der grünen Wiese.

(-/9.5.1989/rs/ks)

\* \* \*

Das demokratische Raumschiff

Zum 40. Geburtstag Bonns als Bundeshauptstadt

Von Jakob Mierscheid MdB

Bonn, unsere Dauer-Propvisorial-Hauptstadt ist in der Republik viel geschmäht und gescholten. Dabei ist Bonn als Stadt gar nicht gemeint; gemeint sind meist nur die obersten der Teilzeit-Bonner aus dem Regierungsviertel.

Damit muß Bonn leben. Dieses Leben-müssen wird erleichtert durch ein großzügiges jährliches Schmerzensgeld des Bundes für die „Hauptstadtlasten“.

Manche kritisieren differenzierter und reden vom „Raumschiff Bonn“. Das muß man schon ernster nehmen, denn da ist was dran. Eines aber wird immer übersehen: Wenn Bonn ein Raumschiff ist, dann ist es ein überaus demokratisches. Aus langjähriger Erfahrung und Beobachtung kann ich bestätigen:

Das Verlassen des Zuges am Bonner Hauptbahnhof und das Betreten des Bonner Bodens ist ein echter Kulturschock, der schwer zu verkraften ist. Zwischen dem Einsteigen in der Provinz (da wo alle, auch die Bonner-Kritiker so gut wie ausnahmslos herkommen) und dem Aussteigen in Bonn liegt der Übergang vom privilegierten Kurfürsten und zur Schau gestellten Volksvertreter zu einem unter fünfhundertzwanzig anderen. Die herausgestellte Einzigartigkeit im Wahlkreis verliert sich in der Abgeordnetenzahl von Bonn, in der jeder nur eine kleine graue Maus ist und mancher von der Einzigartigkeit in die Einfalt wechselt.

Oder anders herum: Der wöchentliche Wechsel vom einsamen, bestaunten Hahn auf dem hohen heimischen Misthaufen zur Bonner Massenhaltung im klimatisierten Gebäude mit begrenztem Auslauf (in jeder Hinsicht) ist schwer.

Diese Metamorphose betrifft aber nicht nur die politischen Volksvertreter. Denn das wird auch meistens übersehen: Sie betrifft auch die anderen, die das Dauer-Propvisoriale von Bonn erst ausmachen:

- die Journalisten, die vom örtlich bekannten, bevorzugten, eingeladenen und befreikarteten Lokalchef zum einfachen Mitglied der Bundespressekonferenz mit Reihenhäusern in Meckenheim werden;
- die Beamten, die als Oberamtsrat vom städtischen Amtsleiter und Herrscher über einhundert Mitarbeiter zum Fotokopierer und Protokollanten noch höherer Beamter in Bonn werden oder als Ministerialdirektoren und -dirigenten, die in Bonn meistens im Rudel auftreten und um einfache Dienstwagen streiten müssen, in der Provinz so selten sind, daß es sie gar nicht gibt;
- die Verbandsvertreter, die draußen im Lande das Fluidum der großen weiten Welt repräsentieren und in Bonn sich in langen Listen registrieren lassen müssen und alle fünf Jahre bei einem Hearing ein Statement abgeben dürfen;
- die Generäle und Obristen, die Tausende von Soldaten und millionenschweres Gerät kommandieren und in Bonn in der Kantine essen und sich die Bleistifte selbst spitzen müssen.

In dieser deshalb ungeliebten Hauptstadt kennt sie allesamt kein Polizist, gibt es für sie keine reservierten Ehrenplätze und Ehrenparkplätze, werden sie nicht herumgereicht und bewundert, müssen sie beim Einkaufen Schlange stehen und sich beim Friseur anmelden.

Mit einem Wort:

Es ist schrecklich demokratisch.

Kein Wunder, daß sie überhaupt und wenn es geht spätestens am Freitagmittag alle wieder weg wollen, heim, auf's Land, wo sie was sind und wo das auch jeder weiß und vor allem auch würdigt. Kein Wunder, daß sie Bonn seinen Ruf angehängt haben. Demokratie ist halt schwer, wenn man nicht gerade ein Kurfürst ist. Und die werden immer weniger.

(-/9.5.1989/rs/ks)

\* \* \*